

# Die neuen Regeln für Asylbewerber

## Residenzpflicht während des Aufenthalts in Registrierungszentren – Strengere Gesundheitsuntersuchungen

**Berlin** – Lange stritten CDU, CSU und SPD – nun haben sich die Koalitionsspitzen auf ein weiteres umfangreiches Asyl-Paket geeinigt. Die wichtigsten Punkte:

### ■ Einrichtungen

Schutzsuchende aus „sicheren Herkunftsländern“ – vor allem aus Westbalkanstaaten – sollen in speziellen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht werden, wo ihre Asylanträge im Schnellverfahren abgearbeitet werden. Gleiches gilt für Menschen, die schon erfolglos in Deutschland einen Asylantrag gestellt haben und nun mit einer Wiedereinreiseperrre belegt sind oder einen Folgeantrag stellen. Ebenso

Personen „ohne Mitwirkungsbereitschaft“ am Asylverfahren sollen in diesen neuen Einrichtungen landen. Geplant sind drei bis fünf solcher Zentren, die ersten davon in Bamberg und Manching in Bayern.

### ■ Verfahren

Die Asylanträge sollen dort im Eiltempo abgearbeitet werden: eine Woche für den Verwaltungsakt, zwei Wochen für das juristische Prozedere bei einem möglichen Einspruch. Wer keinen Erfolg mit seinem Asylantrag hat, wird direkt aus diesen Einrichtungen in seine Heimat zurückgeschickt. Während ihres Aufenthalts in den Einrichtungen soll für die Flücht-

linge eine strenge Residenzpflicht gelten: Das heißt, sie dürfen den jeweiligen Landkreis nicht verlassen, sonst werden Leistungen gestrichen – und das Asylverfahren ruht. Bei einem weiteren Verstoß muss der Betroffene sofort zurück in die Heimat.

### ■ Familiennachzug

Für eine bestimmte Flüchtlingsgruppe soll der Familiennachzug für einen Zeitraum von zwei Jahren ausgesetzt werden. Es geht um Menschen, die weder nach der Genfer Flüchtlingskonvention noch nach dem deutschen Asyl-Grundrecht eine Aufenthaltserlaubnis in der Bundesrepublik bekommen, aber trotzdem nicht heimgeschickt

werden – etwa weil ihnen dort die Todesstrafe oder Folter drohen.

### ■ Ausweise

Asylbewerber sollen künftig einen einheitlichen Ausweis bekommen. Nur wer ein solches Dokument vorlegen kann, soll auch einen Asylantrag stellen und Leistungen beziehen können.

### ■ Abschiebungen

Der Bund will eine neue „Organisationseinheit“ gründen, die Kontakt mit den Herkunftsländern von Flüchtlingen hält und nötige Papiere beschafft für Menschen, die das Land verlassen müssen. Abschiebungen scheitern bislang oft an fehlenden Aus-

weisdokumenten. Die Bundesregierung will außerdem strengere Vorgaben machen für Gesundheitsuntersuchungen vor Abschiebungen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) beklagte kürzlich, viele Flüchtlinge simulierten eine Krankheit, um nicht abgeschoben zu werden.

### ■ Kurse

Neuerdings bekommen Asylbewerber Zugang zu Integrationskursen – allerdings nur, wenn sie gute Aussichten haben, dass sie in Deutschland bleiben dürfen. Der Bund will nun, dass sie einen Teil der Kosten dafür selbst tragen.

CHRISTIANE JACKE